

les frais résiduels occasionnés par des travaux de remise en état et par la prévention du dépérissement des forêts?

Mitunterzeichner – Cosignataires: Allenspach, Biel, Blunschy, Braunschweig, Bühler-Tschappina, Bundi, Grendelmeier, Günter, Hösli, Humbel, Jaeger, Kühne, Maeder-Appenzell, Müller-Aargau, Müller-Bachs, Müller-Meilen, Nef, Neuenschwander, Oester, Ogi, Ott, Robert, Ruch-Zuchwil, Rutishauser, Seiler, Stamm Judith, Steffen, Uhlmann, Waner, Weber Monika, Weder-Basel, Widmer, Zwygart (33)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit
Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung und wünscht eine schriftliche Antwort.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 27. November 1985

Rapport écrit du Conseil fédéral du 27 novembre 1985

1. Die auftretenden Waldschäden werden in bestimmten Gebieten unseres Landes vermehrte Aufwendungen für Lawinen- und Wildbachverbauungen, Aufforstungen sowie für andere forstliche Sanierungsmassnahmen erfordern. Koordinierte Sammelaktionen zugunsten stark betroffener Gegenden könnten die nur beschränkt einsetzbaren öffentlichen Mittel ergänzen.

2. Es ist nicht Sache des Bundesrates, Sammelaktionen in die Wege zu leiten. Die Initiative muss von den betroffenen Regionen und den hierfür geeigneten Organisationen ergriffen werden.

3. Sammelaktionen sind nur dann zweckmässig, wenn sie koordiniert werden und der Einsatz der gesammelten Mittel insbesondere auch mit den kantonal zuständigen Instanzen, wie zum Beispiel dem Forstdienst und den Waldbesitzerorganisationen, abgesprochen wird. Die Beteiligten haben für diese Massnahmen selber besorgt zu sein.

4. Lawinen- und Wildbachverbauungen, Aufforstungen sowie andere forstliche Sanierungsmassnahmen werden vom Bund insbesondere im Rahmen des Forstgesetzes sowie des Wasserbaupolizeigesetzes, des Bundesbeschlusses über ausserordentliche Massnahmen gegen Waldschäden vom 4. Mai 1984 und des Treibstoffzollgesetzes unterstützt. Die Mitfinanzierung von Restkosten erfolgt gemäss den Bundesgesetzen über Investitionskredite für die Forstwirtschaft im Berggebiet und über Investitionshilfe für Berggebiete. Die überwiesene Motion 84.436, Pflege der Gebirgs-wälder, sowie die bevorstehende Revision der eidgenössischen Forstgesetzgebung werden Anlass geben, auch die Frage der Restkosten zu überprüfen.

Präsident: Der Interpellant ist von der Antwort des Bundesrates nicht befriedigt und verlangt Diskussion.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag auf Diskussion	49 Stimmen
Dagegen	17 Stimmen

85.530

Interpellation Herczog Asylpolitik. Grundsätze Politique de l'asile. Principes

Wortlaut der Interpellation vom 16. September 1985

Bei der wachsenden Zahl von Asylgesuchen sucht der Bundesrat nach «griffigen» Lösungen in der Flüchtlingspolitik. Dieses Streben nach Effizienz beinhaltet aber die Gefahr, dass stärker werdenden fremdenfeindlichen Tendenzen nachgegeben wird. Zudem ist die Möglichkeit von Fehlentscheidungen grösser.

Um den Grundgehalt eines liberalen Asylrechtes in unserem Land aufrechtzuerhalten, frage ich den Bundesrat an, ob er bereit ist, Grundsätze zur Betreuung der in die Schweiz einreisenden Flüchtlinge auszuarbeiten. Diese Grundsätze sollen insbesondere folgenden Anforderungen genügen:

1. Generelle Aspekte:

– Ausdehnung der Kriterien für die Zuerkennung des Asylstatus, vor allem Berücksichtigung der wirtschaftlichen Notlage als Asylgrund

– Schaffung von grosszügigen Kontingenten für Flüchtlinge aus besonderen Krisengebieten

– Differenzierte Behandlung von Flüchtlingen entsprechend dem Fluchtgrund und den Erfordernissen (Arbeitsvermittlung und/oder Ausbildung, Rückkehr in eine gesicherte Existenz)

– Information der Bevölkerung im Hinblick auf den Kontakt mit Flüchtlingen; Vorbereitung der Flüchtlinge auf das Leben in unserem Land

2. Finanzielle Aspekte:

– Freistellung der entsprechenden finanziellen und personellen Mittel

3. Organisatorische Aspekte:

– Vorschläge zur Reorganisation der fremdenpolizeilichen Stellen und der verantwortlichen Sozialdienste, damit die Behandlung der Asylgesuchsteller und Asylanten verbessert werden kann.

Texte de l'interpellation du 16 septembre 1985

Face au nombre croissant de demandes d'asile, le Conseil fédéral est à la recherche de solutions «percutantes» dans le domaine de la politique concernant les réfugiés. Toutefois, cette volonté d'efficacité recèle le danger que l'on fasse des concessions aux tendances xénophobes qui se sont renforcées. En outre, la possibilité va croissant que soient prises des décisions contre-indiquées.

Dans le dessein de sauvegarder, dans notre pays, la substance d'un droit d'asile libéral, je demande au Conseil fédéral s'il est disposé à élaborer des principes applicables à l'accueil des réfugiés arrivant en Suisse? Ces principes doivent notamment satisfaire aux exigences suivantes:

1. Aspects généraux:

– Elargir les critères permettant la reconnaissance du statut d'asile; prendre en considération, principalement, la détresse économique en tant que motif pour accorder l'asile.

– Créer, pour les réfugiés en provenance de certaines régions en crise, des contingents très importants.

– Traiter de façon différenciée les réfugiés, selon le motif de leur fuite ou les besoins (recherche et fourniture d'emplois, placement et (ou) formation, réintégration dans une existence active et sûre).

– Renseigner la population dans la perspective des contacts avec les réfugiés; préparer ceux-ci à vivre dans notre pays.

2. Aspects financiers:

– Libérer les crédits et le personnel nécessaires.

3. Aspects sur le plan de l'organisation:

– Faire des propositions en vue de réorganiser les offices de la police des étrangers et les services sociaux responsables, afin qu'on puisse améliorer le traitement réservé aux demandeurs d'asile et bénéficiaires du droit d'asile.

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Bei der wachsenden Zahl von Asylgesuchen werden immer stärker fremdenfeindliche Tendenzen sichtbar. Gerade deshalb wird die Verschärfung des Asylrechtes und der Asylpraxis der tatsächlichen Situation nicht gerecht.

In der Dritten Welt, aus der heute die Mehrzahl der Flüchtlinge stammen, ist generell die wirtschaftliche Not der Grund zur Flucht. Anlass mag im einzelnen der mit einer prekären wirtschaftlichen Entwicklung meist eng verbundene Terror, die Bedrohung von Leib und Leben sein, manchmal auch das blosses Fehlen einer auch nur minimalen Existenzgrundlage.

An dieser Entwicklung tragen die Industriestaaten eine erhebliche Verantwortung: wirtschaftliche Benachteiligung

oder gar Ausplünderung bestimmter Länder der Dritten Welt, finanzielle und technologische Unterstützung totalitärer Regime sind wesentliche Ursachen.

Wenn schon nach mehr Effizienz in der Asylpolitik gesucht wird, muss dies mit der Erarbeitung von eidgenössischen Grundsätzen zur Asylpolitik verknüpft werden. Dazu gehört insbesondere auch die angemessene Behandlung von Personen, die aus wirtschaftlicher Not in unser Land einreisen. Die Grundsätze zur Asylpolitik sollten in der Asylpraxis helfen, die schweizerische staatspolitische Maxime in der Asylfrage nicht aus den Augen zu verlieren.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 27. November 1985

Rapport écrit du Conseil fédéral du 27 novembre 1985

1. Der Bundesrat lehnt eine Ausweitung des Flüchtlingsbegriffs ab. Mit der Asylgewährung soll politisch Verfolgten Schutz in unserem Land gewährt werden. Der Flüchtlingsstatus hat nicht die Funktion einer Bürgerschaft, mit der die Folgen wirtschaftlicher, sozialer und gesellschaftlicher Fehlentwicklungen aufgefangen werden können, zumal sich die Schweiz nicht als Immigrationsland versteht. Hiezu sind andere Massnahmen im betreffenden Land selbst notwendig, die Flüchtlingsströme vermeiden helfen und von der Schweiz mit einer aktiven Entwicklungspolitik unterstützt werden.

Ein wichtiges Ziel der schweizerischen Asylpolitik besteht darin, die grosse Last der Erstasylländer durch internationale Solidarität mitzutragen. So wurden auf Anfrage des UNHCR wiederholt Flüchtlingsgruppen aus Krisensituationen in der Schweiz aufgenommen. Der Grundsatz des Individualverfahrens lässt aber nicht zu, dass Asylsuchende aus bestimmten Ländern bevorzugt werden. Die Fluchtmotive müssen individuell geprüft werden.

Im Rahmen der Integration von anerkannten Flüchtlingen wird deren besonderer Lage selbstverständlich Rechnung getragen. Was die Rückkehrhilfe anbelangt, wird zur Zeit verwaltungsintern ein Projekt ausgearbeitet, das auch die Frage der Ausbildung von Asylsuchenden im Hinblick auf eine allfällige Rückkehr prüft.

Die direkte Betreuung von Flüchtlingen obliegt den Hilfswerken. Wir betrachten es als deren Aufgabe, den Kontakt zwischen Flüchtlingen und der Schweizer Bevölkerung zu fördern.

2. Zur Bewältigung der vom Interpellanten vorgeschlagenen, vom Bundesrat abgelehnten Massnahmen sind keine zusätzlichen Mittel erforderlich. Hingegen verlangt die Bewältigung der Aufgaben nach dem Asylgesetz eine ständige Ueberprüfung der vorhandenen Mittel, damit nicht erneut Engpässe bei der Gesuchserledigung entstehen.

3. Es steht dem Bund nicht zu, auf die Organisation von kantonalen Stellen Einfluss zu nehmen. Auf der anderen Seite können aber die schwierigen Aufgaben in der Flüchtlingspolitik nur unter Mithilfe der Kantone bewältigt werden.

Präsident: Der Interpellant ist von der Antwort des Bundesrates nicht befriedigt und verlangt Diskussion.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag auf Diskussion
Dagegen

38 Stimmen
52 Stimmen

85.587

Interpellation Hofmann Kurse für Asylbewerber als Entwicklungshilfe Cours destinés aux demandeurs d'asile dans le cadre de l'aide au développement

Wortlaut der Interpellation vom 1. Oktober 1985

Auch bei Anwendung der neuen Grundsätze für die Behandlung von Asylgesuchen dauert der Aufenthalt von sogenannten «Wirtschaftsflüchtlings» noch mehrere Monate. Ist der Bundesrat bereit, den Bewerbern aus der Dritten und Vierten Welt ein Kursprogramm anzubieten, das die Einführung in einfache Agrar-, Handwerks- und Energietechniken sowie ein Basisgesundheitsprogramm vorsieht, das für sie nach ihrer Rückkehr in ihr Land im Sinne der schweizerischen Entwicklungshilfe hilfreich sein kann?

Texte de l'interpellation du 1er octobre 1985

Quand bien même on applique les nouveaux principes régissant le traitement des demandes d'asile, ceux que l'on appelle les «réfugiés économiques» séjournent plusieurs mois dans notre pays. Le Conseil fédéral est-il disposé à offrir, dans le même esprit que l'aide au développement, aux demandeurs d'asile venus du tiers monde ou du quart monde, un programme de cours susceptibles de leur être utiles après leur retour dans leur pays? Ces cours constitueraient une initiation à diverses techniques élémentaires dans les domaines de l'agriculture, de l'artisanat et de l'énergie; il conviendrait en outre de prévoir un programme de base consacré à la santé.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Basler, Biel, Blunschy, Columberg, Dünki, Fischer-Hägglingen, Geissbühler, Graf, Günter, Hari, Hess, Hösli, Jaeger, Jung, Keller, Kühne, Künzi, Landolt, Loretan, Maeder-Appenzell, Mauch, Mühlemann, Müller-Bachs, Müller-Scharnachtal, Müller-Wiliberg, Nauer, Nebiker, Nef, Neuenschwander, Neukomm, Oester, Reichling, Robert, Rubi, Ruckstuhl, Rutishauser, Sager, Schmidhalter, Schnyder-Bern, Segmüller, Stamm Judith, Stappung, Tschuppert, Uhlmann, Weber Monika, Widmer, Ziegler, Zwingli, Zwygart (49)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Wir Schweizer bieten der Weltöffentlichkeit ein groteskes Schauspiel: Es gelingt unserer Entwicklungshilfe, in den hintersten Ecken des Erdballs wirtschaftlich bedrohten Menschen effiziente Hilfe zu leisten. Aber wenn solche Menschen als Wirtschaftsflüchtlinge zu uns kommen, dann versagen wir. Wir lassen sie Monate und Jahre lang ohne sinnvolle Beschäftigung. Warum bereiten wir sie nicht auf ihre Rückkehr vor, damit sie in ihrer Heimat zu Entwicklungspromotoren werden?

Wir unterscheiden fein säuberlich zwischen Humanismus, den wir exportieren und den wir uns im letzten Jahr 669 Millionen Franken kosten liessen, und Humanismus, den wir im eigenen Land gegenüber einer Gruppe von rund 22 000 Asylbewerbern verweigern. In unserem durchorganisierten, hochcomputerisierten, prosperierenden Land, wo das durchschnittliche Monatseinkommen oftmals weit über dem durchschnittlichen Jahreseinkommen jener Menschen liegt, die zu uns als Wirtschaftsflüchtlinge strömen, verleugnen wir die entwicklungspolitischen Grundsätze unserer Hilfswerke. Diese leisten unter schwierigsten klimatischen, sozialen, politischen, ökologischen Verhältnissen für Menschen der Dritten und Vierten Welt Erstaunliches. Ob eine kleine Equipe von Schweizern nun im Sudan rund 50 000 Flüchtlinge betreut und in den letzten Wochen sogar eine schwere Cholera-Epidemie einzudämmen vermochte, ob ein kleines Team in Bolivien mit Randgruppen-Indianern ein Basisgesundheitsprogramm erarbeitet und Einheimische zu Promotoren ausbildet, überall orientieren sich die Schwei-

Interpellation Herzog Asylpolitik. Grundsätze

Interpellation Herzog Politique de l'asile. Principes

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1985
Année	
Anno	
Band	V
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	15
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	85.530
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	20.12.1985 - 08:00
Date	
Data	
Seite	2263-2264
Page	
Pagina	
Ref. No	20 013 995

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.